

Kölner Haus- und Grundbesitzerverein von 1888

Verband der privaten Wohnungswirtschaft

Hohenzollernring 71-73, 50672 Köln, Tel: 0221- 5736 0, Fax: - 5736-203

sekretariat@koelner-hug.de

www.koelner-hug.de



Pressedienst

An die
Lokalredaktion

Köln, den 07.11.2011

Neuer Anlauf der Stadt zu Wintergebühr

Kölner Haus- und Grundbesitzerverein: Städtische Aufgaben sind aus dem Haushalt zu zahlen

Die Verwaltung startet einen neuen Anlauf, mögliche Mehrkosten des Winterdienstes auf die Kölner Immobilieneigentümer abzuwälzen. Schon im letzten Jahr musste sie hierfür den massiven Protest der gesamten Kölner Wohnungswirtschaft über sich ergehen lassen.

Thomas Tewes, Hauptgeschäftsführer des Kölner Haus- und Grundbesitzervereins, stellt verärgert fest: „Anscheinend handelt die Verwaltung nach dem Motto: Was kümmert mich der Protest von gestern. Die Wohnungswirtschaft hat sich ganz klar gegen jede Kostenerhöhung ausgesprochen, und daran wird sich nichts ändern.“

Der Kölner Haus- und Grundbesitzerverein hält es für ungerecht, die Kosten der Räumung der Hauptverkehrsstraßen auf den Eigentümer umzuwälzen. Tewes: „Es ist ureigene Aufgabe der Stadt, auf den wichtigsten Straßen in Köln einen reibungslosen Verkehrsfluss zu garantieren. Solche Kosten müssen aus dem allgemeinen Haushalt bestritten werden.“ Vehement spricht sich Tewes gegen die Erhöhung der Grundsteuer aus: „Das ist die Lizenz zum Gelddrucken. Alljährlich käme dann ein Betrag in die Kasse, der völlig unabhängig von der tatsächlichen Leistung ist. Auch bei Wintern ohne Schneefall wäre die Steuer zu bezahlen. Das kann doch nicht im Sinne des Bürgers sein!“

Der Kölner Haus- und Grundbesitzerverein fordert die Politik auf, sich dafür einzusetzen, die Bürger nicht immer mehr zu belasten. Ständig würden Gebühren oder Abgaben steigen. Einzeln betrachtet seien diese vielleicht relativ gering, in der Summe jedoch stellen sie für die Bürger eine erhebliche, oft nicht mehr tragbare Belastung dar. Rund die Hälfte aller Kölner Bürger verfügt über so wenig Einkommen, dass sie Anrecht auf einen Wohnberechtigungsschein hat. Schon jetzt sind wieder Kostensteigerungen bei Abwasser vorgesehen, die Müll und Straßenreinigung würden sicher folgen. Von diesen Kostenbelastungen sind ja nicht nur die Eigentümer, sondern auch in großem Maße die Mieter durch die Umlage des Nebenkosten betroffen.

Tewes: „Wir sprechen hier über das gesamte Kölner Bürgertum und vor allem über jene, für die Wohnen in Köln schon jetzt die Grenze ihrer finanziellen Belastbarkeit bedeutet. Die Politiker wären gut beraten, die Vorschläge der Verwaltung abzulehnen und Wege für einen effektiven Winterdienst zu finden, ohne dem Bürger wieder in die Tasche zu greifen.“